



**Niederschrift der Sitzung des Schulausschusses
am Mittwoch, 16.08.2017 von 18:00 bis 20:24 Uhr
Ort: Kleiner Sitzungssaal, Rathaus am Stadtpark**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Wilhelm Bohnstengel	SPD	
--------------------------	-----	--

stellv. Vorsitzende/r

Herr Eike Baran	SPD	
-----------------	-----	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Melanie Buhr	SPD	
Herr Bernhard Kramer	CDU	Vertreter für Silke Diekhaus
Herr Hans Meyer	SPD	Vertreter für Heike de Buhr
Frau Marlies Preuth	CDU	
Herr Hubert Schrand	SPD	
Herr Gerd Stratmann	CDU	
Herr Andreas Taming	FDP	
Frau Marianne von Garrel	CDU	
Herr Matthias Wallschlag	CDU	
Herr Christoph Böhmann	CDU	
Herr Tobias Bögershausen	Lehrervertreter	
Herr Linus Grave	Stellv. Schülervertreter	
Frau Katrin Hardenberg	Elternvertreterin	

Beratende Mitglieder

Herr Klaus Ritter	Die Linke.	
Herr Helmut Strey	Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen	

Verwaltung

Frau Heidrun Hamjediers	Erste Stadträtin	
Frau Marina Meemken		
Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Silke Diekhaus	CDU	
Frau Heike de Buhr	SPD	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Wilhelm Bohnstengel eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Schulausschusses, die zahlreichen Zuhörer, die Vertreter der Presse und die Mitglieder der Verwaltung. Außerdem begrüßt er Frau von Berlepsch, die als Mitarbeiterin des Unternehmens Dr. Garbe & Lexis die Schulentwicklungsplanung vorstellen wird. Ganz besonders freut sich der Ausschussvorsitzende über den neuen Schülervertreter, Linus Grave, den er herzlich willkommen heißt. Er bedankt sich für die Bereitschaft und das Engagement sich politisch zu beteiligen.

Bürgermeister Sven Stratmann begrüßt ebenfalls alle Anwesenden und verpflichtet das neue Ausschussmitglied, Linus Grave unter Hinweis auf die obliegenden Pflichten nach den §§ 40-42 NKomVG per Handschlag. Er freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die fristgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift über die letzte Sitzung des Schulausschusses vom 6. März 2017 wird bei vier Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Vorstellung des Gutachtens zur Schulentwicklungsplanung durch das Unternehmen Dr. Garbe & Lexis

Anmerkung: Die Präsentation der Schulentwicklungsplanung ist dem Protokoll angehängt. Auf den Inhalt wird verwiesen.

Frau von Berlepsch (Fa. Dr. Garbe & Lexis) erklärt zu Beginn, dass sie in der Präsentation nicht jede Schule einzeln vorstellt, sondern zusammengefasst grobe Tendenzen und Richtungen aufzeigen wird. Die Daten sind mit den Schulleitungen in einem Workshop abgestimmt worden. Grundsätzlich ist festzustellen, dass Friesoythe wächst; die Schülerzahlen werden in den nächsten Jahren zunächst etwas sinken und danach wieder steigen. Wichtig ist hier, die Ortsteile einzeln zu berücksichtigen. Betrachtet wurden die Geburten und Schülerzahlen der letzten 5 Jahre, aus den Entwicklungen wurden die Schülerzahlen jeweils hochgerechnet. Frau von Berlepsch erläutert, dass tendenziell mehr Kinder eingeschult als geboren werden, was sehr positiv sei, weil es auf Zuwächse aus Zuzügen hinweist.

Grundschulen

Für die Grundschule am Markatal und die Gerbert-Schule sind die Schüler- bzw. Klassenzahlen schwer zu prognostizieren, da die Geburtenzahlen an bzw. gerade über der Klassenteilungsgrenze liegen. Es können damit 4, aber auch 8 Klassen zu beschulen sein. Ein weiterer Faktor sind hier auch die Integrationskinder. Pro Jahrgang ist von ca. 4-5 % Förderkindern auszugehen. Frau von Berlepsch weist darauf hin, die schwankenden Klassenzahlen bei den Planungen zu beachten.

Ratsherr Hubert Schrand erkundigt sich nach den Berechnungsmodellen des Unternehmens und fragt nach, ob auch Baugebiete berücksichtigt wurden.

Frau von Berlepsch erklärt, dass Baugebiete grundsätzlich nicht in die Berechnung einbezogen werden. Kleinere Gebiete haben generell keinen Einfluss, da sie nur der Bestandssicherung des Ortes dienen. Baugebiete können Ergebnisse verfälschen, da nicht absehbar ist, wie die Resonanz ist, welche Altersgruppen bauen etc.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers ergänzt, dass die Demographie-Studie des Landkreises zu gleichen Ergebnissen kommt. Außerdem wird hier sehr deutlich, dass der Kernort Friesoythe und Altenoythe wachsen, die Ortschaften in ihren Einwohnerzahlen aber stagnieren.

Bürgermeister Sven Stratmann fügt hinzu, dass bei der Berechnung im Vergleich zu den Geburtenzahlen 109 % Schülerzahlen berücksichtigt werden. Damit sind die Zuzüge berücksichtigt.

Im weiteren Verlauf erläutert Frau von Berlepsch die Raumplanung, die sich auf das Soll von 2022 bezieht. Das Unternehmen Dr. Garbe & Lexis hat Mindeststandards festgesetzt, die regelmäßig weiterentwickelt werden (ähnlich der Stadt Hannover). In Niedersachsen gibt es für die Schulen keine verpflichtenden Raumprogramme mehr. Diese sind u.a. abgeschafft worden um die REgelungsmasse im Schulbereich einzudämmen. Die früheren Standards sind zudem nicht mehr zeitgemäß, da sie den neuen Anforderungen der Schulen nicht mehr genügen (z.B. Inklusion, Ganz-

tagsbetreuung). Frau von Berlepsch empfiehlt der Stadt eigene Standardprogramme festzulegen, in dem individuelle Ansprüche berücksichtigt werden. Wenn diese festgesetzt sind, kann ein Vergleich mit dem vorhandenen Bestand vorgenommen werden; ggf. sind dann Nutzungsänderungen und Optimierungen erforderlich.

Im Gespräch um Ganztagsflächen erkundigt sich Ratsherr Hans Meyer, ob hier auch Klassenräume mitgezählt werden. Frau von Berlepsch erklärt, dass Klassenräume nicht berücksichtigt werden. Hier sind Bewegungsflächen gemeint, die aber z.T. auch durch eine Mensa oder eine Bibliothek abgedeckt werden können.

Ratsherr Gerd Stratmann erkundigt sich nach der Berechnung für die Inklusionsräume. Frau von Berlepsch berichtet, dass hier feste Standardgrößen zugrunde gelegt werden. Wie die 4-5 % Förderkinder in den einzelnen Jahren auf die Orte verteilt sind, ist kaum vorherzusagen. Insbesondere bei größeren Schulen sind diese Ausweichräume wichtig.

Nach Ansicht von Ratsherr Hans Meyer sind in der Aufstellung zu viele Inklusionsräume vorgesehen, da es an den meisten Schulen nur einen Förderschullehrer gibt. Lehrervertreter Tobias Bögershausen erklärt, dass diese Räume auch anders genutzt bzw. von anderen Pädagogen oder Betreuungspersonen in Anspruch genommen werden können.

Zum Ende der Präsentation erkundigt sich Ratsherr Matthias Wallschlag, ob das Unternehmen, neben dem Vorschlag das Gebäude der Grundschule Hohefeld aufzugeben, noch weitere Handlungsempfehlungen gibt. Frau von Berlepsch erklärt, dass grundsätzlich die Organisation überdacht werden sollte und es dabei verschiedene Alternativen gibt. Sie kennt keine vergleichbare Kommune, die so viele Schulen unterhält. Frau von Berlepsch sieht einen ganz klaren Bedarf für Investitionen. Es ist die Frage zu klären, an welcher Stelle diese sinnvoll eingesetzt werden. Hier sind Prioritätenlisten zu erarbeiten. Zusammenfassend empfiehlt sie eindringlich zu handeln.

Ratsfrau Marianne von Garrel fragt nach, ob alle Schulen durch das Unternehmen begutachtet wurden oder ob sich das Büro Dr. Garbe & Lexis allein auf die Daten der Verwaltung verlassen habe. Frau von Berlepsch antwortet, dass jede Schule vor Ort besichtigt und ein Gespräch mit den Schulleitungen geführt wurde.

Bürgermeister Sven Stratmann erklärt, dass die Erkenntnisse aus dem Gutachten nicht kurzfristig umsetzbar sind. Aus den Erkenntnissen ist nun ein „Fahrplan“ zu entwickeln, den die Stadt abarbeiten muss. Es ist wichtig, Standards festzusetzen, die zukunftsfähig sind. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen einen ständigen Wandel im schulischen Alltag. In der Vergangenheit wurde darauf nicht eingegangen. Es zeigt sich ein deutlicher Nachholbedarf.

Ausschussvorsitzender Wilhelm Bohnstengel weist darauf hin, dass ebenfalls der finanzielle Rahmen Beachtung finden muss.

Weiterführende Schulen

Frau von Berlepsch erläutert, dass beide weiterführenden Schulen im Mittel stabile Schülerzahlen haben. Auffällig ist der hohe Anteil an Schülern mit Förderbedarf an der Heinrich-von-Oytha-Schule (ca. 60 SchülerInnen).

Auf Nachfrage von Ratsherr Gerd Stratmann erklärt Frau von Berlepsch, dass die Realschule derzeit 6 Inklusionskinder beschult.

Ratsherr Hubert Schrand ist über die hohe Anzahl an der Heinrich-von-Oytha-Schule erstaunt. Frau von Berlepsch erklärt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass diese Schüler die Oberschule besuchen, am höchsten ist. Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers ist ebenfalls erstaunt, dass 14 % der Oberschüler einen Förderbedarf haben, obwohl die Förderschule ebenfalls gut angenommen wird.

Ratsherr Andreas Tameling ergänzt, dass die grundsätzliche Abschaffung der Förderschulen die hohe Quote begründen könnte, was Frau von Berlepsch bestätigt.

Auf die Frage von Ratsherr Gerd Stratmann erläutert Frau von Berlepsch, dass in den Planungen für die Realschule nicht die jetzt von der Ludgeri-Schule und der BBS genutzten Räume einberechnet sind. Diese kommen (theoretisch) zum Überschuss hinzu.

Ratsherr Bernd Kramer erkundigt sich, ob es sich bei den 946 qm Überhang der Realschule tatsächlich um umbauten Raum handelt oder auch Außenflächen dazu gezählt wurden. Frau von Berlepsch bestätigt, dass es sich hier nur um Klassen- und Fachräume handelt. Letztendlich ist bei jeder Schule individuell zu schauen, ob spezielle Angebote vorgehalten werden sollen und dafür Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen sind.

Ratsfrau Melanie Buhr ist erstaunt, dass die Realschule etwa 15 Räume zu viel hat und die Flächen der Grundschule und BBS noch nicht berücksichtigt wurden.

Die Erste Stadträtin kann nicht nachvollziehen dass sich die Ausschussmitglieder überrascht zeigen, da die Verwaltung diese Erkenntnis bereits seit über einem Jahr ebenfalls darstellt. Insbesondere ist die Nutzung der vorhandenen Räume in Frage zu stellen. Hier sind, vor allem auch im Hinblick auf die Gerechtigkeit, Optimierungen vorzunehmen.

Der Ausschussvorsitzende Wilhelm Bohnstengel gibt den Hinweis auf den Arbeitskreis, der nächste Woche stattfindet. Dort wird diese Thematik erneut diskutiert.

Für die Heinrich-von-Oytha-Schule empfiehlt Frau von Berlepsch die Raumsituation mit den verschiedenen Gebäuden und Containern langfristig zu ändern. Diese sind in die jetzige Berechnung mit eingeflossen. Sollten die Räumlichkeiten nicht mehr genutzt werden, entsteht ein höheres Defizit.

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt zum weiteren Vorgehen, dass weitere Gespräche mit den Schulleitungen stattfinden sollen, in denen diese die wichtigsten Kriterien aus ihrer Sicht definieren.

Ratsherr Wilhelm Bohnstengel fügt hinzu, dass die Schulen zukünftig mehr Inklusionsräume benötigen, wenn die Förderschulen weiter aufgelöst werden.

Die Ratsherren Andreas Tameling und Gerd Stratmann führen an, dass dann die Schülerzahlen der Elisabethschule und der Tagesbildungsstätte berücksichtigt werden sollten.

TOP 6 Bericht der Verwaltung

Die Erste Stadträtin berichtet, dass für die Grundschule Gehlenberg und die Marienschule jeweils eine Bewerbung für die ausgeschriebene Schulleiterstelle vorliegt.

Außerdem ist der Mensabetrieb an den neuen Ganztagschulen aufgenommen worden. Die Schulleitungen sind zufrieden mit dem Start, die weiteren Entwicklungen sind abzuwarten.

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises „Ludgeri-Schule“ findet am 22.08.2017 statt, in der die Erkenntnisse der vorgestellten Schulentwicklungsplanung einfließen werden.

Frau Hamjediers berichtet von einem Schreiben der Realschule. Darin wird geschildert, dass sich während der Schulzeit Personen auf dem Sportplatz aufhalten und dort Alkohol trinken. Die Erste Stadträtin erklärt, dass die Verwaltung an den Beschluss des Verwaltungsausschusses, der die Öffnung des Platzes vorsieht, gebunden ist.

Ratsherr Christoph Böhmann schlägt vor, die Polizei zu kontaktieren und zu bitten dort Streife zu fahren bzw. einzugreifen.

Bürgermeister Sven Stratmann führt weiter aus, dass auch der Sportverein Beschwerden an die Verwaltung herangetragen hat. Dennoch sollte die Anlage geöffnet bleiben und möglichst über Sozialkontrolle gesteuert werden.

TOP 7 Mitteilungen

TOP 7.1 Beantragung von Mitteln für den Sanierungs- und Entwicklungsbedarf an der Heinrich-von-Oytha-Schule Vorlage: MV/183/2017

Zum Antrag der Heinrich-von-Oytha-Schule führt die Erste Stadträtin aus, dass die Ergebnisse des Gutachtens bestätigt haben, dass der Heinrich-von-Oytha-Schule Inklusions- und Fachräume fehlen. Diese Problematik zeigt sich in fast allen Schulen und ist daher ganzheitlich zu lösen. Auf dem Schulhof sollen erste Maßnahmen noch in diesem Jahr beginnen, Geld ist dafür im Haushalt 2017 eingestellt worden. Zunächst sollte aber der Bau der Mensa abgewartet werden. Die Erste Stadträtin pflichtet dem Schulleiter bei, dass die Übergangslösungen mit Containern etc. das Raumproblem nicht auf Dauer lösen. Hier besteht Handlungsbedarf. Die inklusiven Mittel des Landes werden entsprechend der Schülerzahlen auf die einzelnen Schulen verteilt, um notwendige Anschaffungen tätigen zu können. In Bezug auf den Chemieraum kommt es leider zu Lieferengpässen, was von der Verwaltung so nicht absehbar war.

Ratsherr Andreas Tameling erkundigt sich, wann der Chemieraum fertig sein wird. Bereichsleiterin Marina Meemken erklärt, dass der Raum frühestens zum Ende des Jahres fertiggestellt werden kann, da die Einrichtungsgegenstände eine Lieferzeit von mindestens 20 Wochen haben.

Ratsherr Christoph Böhmann fragt nach, wie die Mittelzuweisung für die Inklusion genau erfolgt, da es ein Ungleichgewicht bei der Verteilung der Schüler gibt. Die Erste Stadträtin Frau Hamjedi erklärt, dass die Mittel entsprechend der Schülerzahlen der Schulen aufgeteilt werden. Bei insgesamt mehr Schülern, ist grundsätzlich auch von einer höheren Zahl an Kindern mit Förderbedarf auszugehen. Da nie im Vorfeld gesagt werden kann, wo welche Mittel benötigt werden, werden die Anschaffungen über das Gesamtbudget abgedeckt. Alle von den Schulen genannten Maßnahmen zur Förderung der inklusiven Kinder wurden bisher bezahlt.

TOP 7.2 Beantragung von Mitteln für den Sanierungs- und Entwicklungsbedarf an der Ludgeri-Schule Vorlage: MV/184/2017

Die Erste Stadträtin erläutert, dass die ersten Punkte des Antrages bereits abgearbeitet wurden, da die Notwendigkeit ebenfalls gesehen wurde und die Zeit drängte. Der Schulhof wird ein ständiges Problem darstellen, da die Entwässerung sehr schwierig ist. In Bezug auf die Lehrerarbeitsplätze sind noch einige Prüfungen für die Elektrik durchzuführen, diese werden jedoch ebenfalls zeitnah eingerichtet.

Ratsherr Matthias Wallschalg erkundigt sich nach den Alarmvorrichtungen und dem Sammelplatz. Die Schulleiterin Frau Kl. Schlarman erklärt, dass die Sammelstelle für den Jahrgang 2 der Parkplatz ist und dort ggf. Feuerwehrfahrzeuge stehen könnten. Ratsherr Christoph Böhmann bittet darum, die Angelegenheit erneut zu prüfen.

Das beratende Mitglied Helmut Strey fragt nach den elektrischen Türöffnern. Diese können aufgrund des Alters der Türen nicht eingebaut werden. Frau Kl. Schlarman erörtert, dass es mehrere kleinwüchsige Kinder an der Ludgeri-Schule gibt, die nicht eigenständig die Türen öffnen können. Durch die Unterstützung des begleitenden Personals und die Sensibilisierung der anderen Schüler stellt dies jedoch keine größeren Probleme dar.

TOP 7.3 Aufhebung der Grundschule Neuvrees

Vorlage: MV/186/2017

Erste Stadträtin Heidrun Hamjedierts erklärt, dass die Grundschule Neuvrees de facto aufgelöst ist. Die Verwaltung hatte, auf Veranlassung der Schule, ein Informationsgespräch mit den Eltern und der Landesschulbehörde geführt. Dort wurde ganz deutlich signalisiert, dass die Grundschule Neuvrees erhalten bleiben sollte, so dass die Verwaltung keine politische Beratung initiierte. Danach wurde der Verwaltung über den Ortsvorsteher mitgeteilt, dass die Eltern sich nach mehreren internen Treffen nun doch dafür entschieden haben, ihre Kinder in der Grundschule Gehlenberg anzumelden. Die Erste Stadträtin führt weiter aus, dass es für die Eltern sehr unglücklich war, dass durch ihre Entscheidung die Schule geschlossen wurde. Die Eltern hätten sich eine Entscheidung durch den Stadtrat gewünscht.

Bürgermeister Sven Stratmann bestätigt die Aussagen der Ersten Stadträtin und führt weiter aus, dass es für die Verwaltung nach der kritischen Diskussion keine Anhaltspunkte für eine politische Beratung gegeben hat. Es ist nicht gut, dass Eltern das Gefühl haben müssen für eine Schulschließung verantwortlich zu sein.

Ratsherr Christoph Böhmann findet es sehr schade, dass die Grundschule Neuvrees nun aufgelöst ist. Er fügt hinzu, dass damit Entwicklungsperspektiven für den Ort verloren gehen.

Darauf entgegnet Bürgermeister Sven Stratmann, dass ein Ort nicht nur von einer Schule abhängig ist. Das Dorfleben muss sich nun auf andere Dinge konzentrieren, eventuell im Rahmen der Dorferneuerung.

Hinweis: Der Bescheid der Landesschulbehörde liegt mittlerweile vor.

TOP 7.4 Anträge auf Erhöhung der Stundenkontingente für die Schulsekretariate verschiedener Schulen im Stadtgebiet
Vorlage: MV/188/2017

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjedierts erörtert, dass die Schulsekretärinnen von der Stadt Friesoythe eingestellt sind und grundsätzlich Schulträgeraufgaben wahrnehmen. Im täglichen Geschäft übernehmen die Sekretärinnen jedoch auch Landesaufgaben, wie z.B. das Führen von Schulkonten. In 2017 hat das Land Niedersachsen nun erstmals Verwaltungspauschalen für diese Tätigkeiten an die Kommunen gezahlt. Frau Hamjedierts führt weiter aus, dass im Gespräch mit den Schulleitungen deutlich wurde, dass die Verwaltungskräfte zunehmend mehr und vielfältige Aufgaben übertragen bekommen (insbesondere im Rahmen von Inklusion und Ganztagsbetreuung). Es sind daher neue Maßstäbe für die Stundenbemessung zu entwickeln, die diese Kriterien berücksichtigen. Im Vergleich mit anderen Kommunen steht die Stadt Friesoythe derzeit im oberen Mittelmaß in Bezug auf die Stunden der Sekretärinnen.

Ratsherr Hans Meyer ergänzt, dass die Stadt mit dem Zuschussbetrag von knapp 20.000,00 € vermutlich die Stundenerhöhungen nicht decken kann, insbesondere aufgrund der steigenden Anforderungen im Ganztags.

TOP 7.5 Beendigung Projekt "Runterschalten - Klima halten"
Vorlage: MV/156/2017

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjedierts erklärt, dass das Projekt „Runterschalten – Klima halten“ schon längere Zeit läuft und keine Effekte mehr erzielt. Es sind hohe Mittel geflossen, es wurden damit auch Erfolge erzielt, die sich jetzt aber schrittweise einstellen.

Die Ratsherren Andreas Tameling und Christoph Böhmann können nicht nachvollziehen, warum das Projekt ausläuft, da es Anreize für die Schulen schafft, energieeffizient zu wirtschaften und Belohnungen dafür zu bekommen.

Ratsherr Hans Meyer ergänzt, dass ein langfristiges Projekt nach einer Zeit keine neuen Impulse mehr erzielt.

TOP 8 Antrag zum Raumbedarf der Heinrich-von-Oytha-Schule
Vorlage: BV/181/2017

Erste Stadträtin Heidrun Hamjedierts erläutert, dass der Antrag der Heinrich-von-Oytha-Schule im Grunde darauf abzielt, dass die Schulentwicklungsplanung auch auf den Sekundarbereich I ausgeweitet wird. Die Planung war von vornherein auf alle städtischen Schulen bezogen, so dass dem Antrag bereits genüge getan ist.

Außerdem hat der Schulleiter verschiedene Punkte, wie die Umwandlung der Real- in eine Oberschule oder eine Oberschule mit zwei Standorten aufgeführt. Frau Hamjedierts erklärt, dass – wenn diese Ansätze weiterverfolgt werden sollen – die Politik sich mit der grundsätzlichen Entwicklung der Schullandschaft vom pädagogischen Angebot her beschäftigen muss. Dies erfordere wiederum einen konkreten Auftrag an die Verwaltung. Die in Auftrag gegebene Schulentwicklungsplanung beinhalte nur die Schülerzahlenentwicklung und das Raumprogramm.

Festzustellen ist dennoch, so die Erste Stadträtin weiter – dass die Heinrich-von-Oytha-Schule vor großen Herausforderungen steht. Grundsätzlich hat eine Realschule einen anderen Lehrauftrag als eine Oberschule.

Ratsherr Hans Meyer erörtert, dass der Ausschuss sich mit der Raumplanung befassen sollte. Die Problematik ist jedoch nicht kurzfristig lösbar. Für eine Veränderung der gesamten Schullandschaft wird es keine Mehrheit geben, meint Ratsherr Meyer. Es sollte daher für die vorhandenen Gegebenheiten geplant werden.

Ratsherr Gerd Stratmann bestätigt die Aussage von Herrn Meyer und möchte jetzige schulische Qualitäten beibehalten und entsprechend planen.

Es ergeben sich Nachfragen, ob es einer Beschlussfassung über den Antrag der Heinrich-von-Oytha-Schule bedarf. Die Erste Stadträtin erläutert, dass die Heinrich-von-Oytha-Schule eine konkrete Beschlussfassung beantragt habe, weshalb man dies auch entsprechend bescheiden müsse. Das setze aber einen Beschluss voraus.

Der Schulausschuss schlägt dem Verwaltungsausschuss einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Dem Antrag der Schulleitung der Heinrich-von-Oytha-Schule, die derzeitige Schulentwicklungsplanung nicht nur auf eine zukünftige Lösung für den Primarbereich zu beschränken, vielmehr auch den Sekundarbereich I mit einzubeziehen, ist mit der in Auftrag gegebenen Schulentwicklungsplanung genüge getan.

TOP 9 Vereinbarung über die Überlassung des Gebäudes der Grundschule Neuvrees zwischen der Stadt Friesoythe und dem Landkreis Cloppenburg
Vorlage: BV/180/2017

Ratsherr Christoph Böhmann fragt nach, ob Familie Bruns das Grundstück der Elisabethschule nicht zur Nutzung zur Verfügung stellt.

Die Erste Stadträtin erklärt, dass die Familie das Grundstück zur Verfügung stellt, solange die Grundschule Neuvrees in Betrieb ist. Die weitere Nutzung wird nun vom Landkreis direkt geregelt.

Der Schulausschuss empfiehlt einstimmig folgende Beschlussfassung:

Die Vereinbarung über die Überlassung des Gebäudes der Grundschule Neuvrees zwischen der Stadt Friesoythe und dem Landkreis Cloppenburg wird, wie vorgeschlagen, abgeschlossen.

TOP 10 Festlegung von Schuleinzugsbereichen im Primarbereich

Anmerkung: Die Präsentation zur Festlegung der Schuleinzugsbereiche im Primarbereich ist dem Protokoll angehängt. Auf den Inhalt wird verwiesen.

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers fügt hinzu, dass die Marienschule für 2018 bereits so viele Anmeldungen hat, dass dort drei Klassen eingerichtet werden müssen. In der Gerbert-Schule hat sich nun das erste Kind angemeldet, dass aufgrund des Bekenntnisses und der 30%-Quote dort nicht mehr aufgenommen werden kann.

Ausschussvorsitzender Wilhelm Bohnstengel fasst zusammen, dass die Verwaltung einen Satzungsentwurf vorbereitet, aus dem die relevanten Daten hervorgehen und der im Anschluss von den politischen Gremien beraten wird.

Ratsherr Gerd Stratmann erkundigt sich, ob in den Bekenntnisschulen eine erneute Befragung der Eltern stattfinden kann. Es ist grundsätzlich einfacher, wenn es keine Bekenntnisschulen mehr gibt.

Die Erste Stadträtin gibt den Hinweis, dass eine erneute Befragung nach zwei Jahren möglich ist. Hier werden Gespräche mit Eltern und Schulleitungen zu führen sein.

TOP 11 Anfragen und Hinweise der Einwohner

Der Schulleiter der Realschule Hermann Meemken erklärt, dass Herr Braun und er mit den vorgestellten Zahlen nicht einverstanden sind. Für die Realschule wurde eine überschüssige Fläche von knapp 950 qm festgestellt. Momentan sind jedoch alle Räume belegt. Es war in der Vergangenheit schon schwierig, die Ludgeri-Schule und die BBS in den Räumlichkeiten unterzubringen. Außerdem hat die Realschule zwei Sprachlernklassen, die im Gebäude untergebracht werden müssen.

Der Schulleiter der Heinrich-von-Oytha-Schule Rasmus Braun ergänzt, dass die Anzahl der inklusiven Schüler bei den Schülerprognosen nicht berücksichtigt wurden. In der Oberschule gibt es 60 Schüler mit Förderbedarf, die in das Gutachten aufgenommen werden sollten. Herr Braun erkundigt sich nach der zeitlichen Planung und fragt nach, wann die Schulen mit Entscheidungen rechnen können.

Bürgermeister Sven Stratmann erklärt, dass die räumliche Ausstattung der Schulen Priorität hat. Die Verwaltung hatte bisher keine unabhängige Raumplanung und hat sich auf die Wünsche und Aussagen der Schulen verlassen. Mit dem Gutachten ist nun ein Richtwert vorgegeben, den es genauer zu definieren gilt, um Gerechtigkeit in den Schulen herzustellen. Die Stadt muss sich selbst zukunftsfähige Standards setzen, die den roten Faden darstellen. Friesoythe ist damit landkreisweit Vorreiter. Bestandsgebäude müssen dann mit den festgestellten Bedarfen verglichen werden. Nutzungsänderungen und Optimierungen sind entsprechend vorzunehmen, um ein Maximum für die Räumlichkeiten zu finden. Derzeit ist die Planung noch ganz am Anfang, der Weg muss nun gemeinsam mit den Schulleitungen und Eltern bestritten werden.

Ausschussvorsitzender Wilhelm Bohnstengel fügt hinzu, dass es auch an den Politikern liegt, wie schnell die Konzepte vorliegen. Zunächst sind jetzt Diskussionen in den Fraktionen erforderlich, danach ist gemeinsam zu entscheiden.

Ratsherr Christoph Böhmann erkundigt sich im Auftrag des Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Krone nach den Problemen mit der Schülerbeförderung. Die Erste Stadträtin erklärt, dass die Schülerbeförderung Aufgabe des Landkreises Cloppenburg ist. Ratsherr Hans Meyer fügt hinzu, dass am Donnerstag Gespräche diesbezüglich beim Landkreis stattfinden.

TOP 12 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

Heidrun Hamjediers
Erste Stadträtin

Wilhelm Bohnstengel
Ausschussvorsitzender

Marina Meemken
Protokollführerin